ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmitt, Dieter; Schürmann, Jürgen

Article — Digitized Version

Wettbewerbspolitische Konsequenzen der Konzentration in der Energiewirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter; Schürmann, Jürgen (1977) : Wettbewerbspolitische Konsequenzen der Konzentration in der Energiewirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 8, pp. 404-409

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135101

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wettbewerbspolitische Konsequenzen der Konzentration in der Energiewirtschaft

Dieter Schmitt, Jürgen Schürmann, Köln

Welche wettbewerbspolitischen Konsequenzen sind aus der Konzentration in der Energiewirtschaft zu ziehen? Diese Frage ist Gegenstand einer kürzlich veröffentlichten umfangreichen empirischen Untersuchung [1]), deren wesentliche Schlußfolgerungen im folgenden kommentiert werden.

Marktorientierte Anpassungsmechanismen werden in der Energiewirtschaft zunehmend in Frage gestellt. So wird insbesondere angezweifelt, ob marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismen zur Lösung der zukünftigen Knappheitsprobleme im Bereich der Energieversorgung geeignet sind. Statt dessen wird gefordert, verstärkt zentralisierte Kontroll- und Lenkungsfunktionen des gesamten unternehmerischen Verhaltens auf dem Gebiet der Preis- und Investitionspolitik auf den Staat zu übertragen und gleichzeitig die Energiekonsumentenwünsche (Anschluß- und Benutzungszwang) zu dirigieren.

Diese Forderungen werden allerdings erhoben, ohne daß der Beweis der grundsätzlichen Überlegenheit anderer Systeme innerhalb eines internationalen Leistungsvergleichs erbracht und die Konsequenzen einer Veränderung unseres Mischsystems untersucht worden wären. Über den sogenannten Wettbewerbsunvollkommenheiten sollte man nicht die Unvollkommenheiten administrativer Entscheidungsprozesse und Regulierung übersehen. Der Ruf nach „mehr Staat für die Energiewirtschaft" ist vielfach die Folge einer unzureichenden Kenntnis der Problemlagen und der Implikationen alternativer Steuerungssysteme. Es wird einfach unterstellt, daß die marktinduzierten Problemlösungen als Kette von Innovationen, Imitationen und Selektionen auf die Dauer nicht „funktionsfähig" seien und damit die sonst dem spontanen Marktsystem zugeschriebenen Aufgaben der Informationsvermittlung und Lieferung von Anreizen und Sanktionen nicht erfüllt werden könnten. Dabei dürfte es in jedem Fall zunächst einmal vordringlich sein, die im Energiesektor vorliegenden Bedingungen und Marktprozesse (Struktur-, Verhaltens- und Ergebnisdaten) zu analysieren.

[1]) Vgl. W. Mönig, D. Schmitt, H. K. Schneider, J. Schürmann: Konzentration und Wettbewerb in der Energiewirtschaft, in: Aktuelle Fragen der Energiewirtschaft, Bd. 10, hrsg. vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln, R. Oldenburg Verlag, München 1977.

Dr. Dieter Schmitt, 38, ist Akademischer Oberrat und Geschäftsführer des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln. Dr. Jürgen Schürmann, 33, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut.

Ordnungspolitische Leitideen

In einer sehr allgemeinen Formulierung bedeute Wettbewerb, daß den einzelnen Akteuren Alternativen offenstehen und ein „kompetitiver Geist („spirit of competition") existiert. Marktmacht besteht immer nur in dem Maße, wie es gelingt, auf der Angebotsseite die Offenheit des Systems für Entwicklungs- und Anpassungsprozesse zu reduzieren und auf der Nachfrageseite den Zugang zu alternativen Versorgungsmöglichkeiten zu versperren. Für eine marktwirtschaftlich organisierte Energieversorgung sollten folgende ordnungspolitische Leitideen maßgeblich sein:

☐ Vor der Empfehlung weiterer sektorpolitischer Interventionen in den Energiebereichen sind erst einmal Überlegungen anzustellen und Vorschläge zu überprüfen, die an die jeweiligen marktstrukturellen Voraussetzungen der bundesdeutschen Energieversorgung direkt anknüpfen, und zwar mit der ausdrücklichen Zielsetzung, wettbewerbliche Auseinandersetzungen im Energiesektor zu sichern und/oder zu fördern. Der möglichst ungehinderte Zugang zu Energieressourcen, technischem Wissen und Absatzmärkten in Verbindung mit der Entscheidungsfreiheit der Energiekonsumenten markiert ein Bündel von Voraussetzungen, um Marktergebnisse im Energiesektor weniger durch die Entscheidungen einiger marktmächtiger Akteure als durch vielfältige Konkurrenzprozesse bestimmen zu lassen, also „Verhinderungen von Wettbewerb" entgegenzuwirken.

☐ Soweit bestimmte Voraussetzungen für dynamische Marktprozesse nicht hergestellt werden können oder sollen (internationale Restriktionen bei bestimmten Primärenergien, natürliche Monopolsituationen für leitungsgebundene Energieformen, institutionelle Hemmnisse bzw. historische Kompromisse mit Vertragsnachwirkungen im Kor

zessionsbereich etc.), ist zu überprüfen, durch welche abgestuften Maßnahmen staatlicher Wettbewerbseinschränkungen die deutsche Energiewirtschaft am leistungsfähigsten (möglichst billig und relativ sicher) beeinflußt werden kann. Vorzuziehen sind hierbei Änderungen im installierten (dezentralen) Kontrollsystem (mit Vergleichsmöglichkeiten), welche, weil das vorhandene Steuerungswissen begrenzt ist, Schritt für Schritt an konkreten Problemen anknüpfen können und als marginale Interventionen auf der Grundlage immer wieder neu gewonnener Informationen kontrollierbar und reversibel bleiben.

Als grundsätzliches Ergebnis der angeführten Energiesektorstudie ist festzuhalten, daß generelle Aussagen über den Konzentrationsstand der deutschen Energiewirtschaft allein nur bedingt sinnvoll erscheinen und Rückschlüsse aus bestimmten Konzentrationsgraden nicht möglich sind bzw. zu Fehlinterpretationen führen können. Die Gründe hierfür sind darin zu finden, daß

☐ die institutionellen sowie technisch-ökonomischen Voraussetzungen von Energiebranche zu Energiebranche völlig verschieden liegen,

☐ der Energiesektor durch stark unterschiedliche Intensitäten von Substitutionskonkurrenz charakterisiert ist, gleichzeitig in beträchtlichem Maße allerdings kapitalmäßige Verflechtungen zwischen verschiedenen Energieträgern vorliegen,

☐ außerdem staatliche Eingriffe in einzelnen Branchen die Wettbewerbsbeziehungen beeinflussen und

☐ schließlich die unterschiedliche Einbindung des Energiesektors in die internationalen Energieträgermärkte die nationalen Wettbewerbsaussagen relativiert.

Die Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist seit Mitte der 50er Jahre durch starken Strukturwandel geprägt worden. Die innovatorischen Unternehmen sind mit der Expansion bestimmter Energieträger, durch Erschließen neuer Märkte, durch das Angebot neuer Energieprodukte sowie neuer Verfahren vorgestoßen und haben sich vielfach Marktpositionen erobern können, die nicht durch nachrückende Marktteilnehmer bedroht worden sind. Konzentration kann keineswegs per se negativ beurteilt werden, denn gerade in der Energiewirtschaft sind mit der Konzentration auch Produktivitäts- und Wachstumssteigerungen verbunden gewesen, und eine gewisse Unternehmenskonzentration erscheint zudem für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der internationalen Konkurrenz notwendig.

Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung hat die Fragestellung gestanden, ob bzw. wie und wo eine Konzentration von Verfügungsmacht über relevante Aktionsparameter (wie z. B. Zugang zu und Versorgung mit Primär- sowie Sekundärenergien, Preisstellung und Preisbildungssysteme, Absatzgestaltung, Investitionen etc.) im Bereich der für die Bundesrepublik maßgeblichen Energiewirtschaft stattgefunden hat. Um bestimmte Konzentrationsvorgänge im Zeitablauf erfassen und in ihrer Wettbewerbsrelevanz interpretieren zu können, hat es sich angesichts der Vielfalt direkter und indirekter Konkurrenzbeziehungen auf der Energieanbieter- wie -nachfragerseite als notwendig erwiesen, Marktabgrenzungen vorzunehmen.

Drei Marktabgrenzungskonzepte

Es werden drei Marktabgrenzungskonzepte hierbei als sinnvoll erachtet:

☐ Für langfristige Betrachtungen stellt der gesamte Energiemarkt den geeigneten Bezugsrahmen dar, um die dynamischen Entwicklungsprozesse (Strukturwandel, Energiekonglomeratbildung, staatliche Energieprogrammauswirkungen) beschreiben zu können.

☐ Im Hinblick auf die potentiellen Substitutionsmöglichkeiten aus der Sicht der Energienachfrager wird eine Abgrenzung nach bestimmten Nutzenergiemärkten (Wärme-, Kraft-, Lichtmarkt etc.) oder Umwandlungsmärkten (z. B. Stromerzeugungsmarkt) sinnvoll.

☐ Für die Erfassung der Marktstellung einzelner Energieunternehmen (vor allem unter kurz- bis mittelfristigem Aspekt) ist angesichts von mehr oder minder ausgeprägten Energieträgerpräferenzen, ökonomisch-technischen Substitutionsschwellen, begrenzter Anpassungsgeschwindigkeiten und staatlicher Eingriffe die Ausrichtung der Untersuchung auf Energieträgermärkte erforderlich.

Befriedigende Aussagen zu den beiden ersten Marktkomplexen lassen sich lediglich durch eine detaillierte Analyse der auf den einzelnen Energieträgermärkten vorliegenden Bedingungen entwickeln. Im folgenden sollen kurz einige konzentrationsrelevante Tatbestände auf den einzelnen Energieträgermärkten unter Berücksichtigung von Substitutionsprozessen und staatlichen Einwirkungen kommentiert und die Marktpositionen der größten Energieunternehmen veranschaulicht werden.

Tabelle 1

Konzentrationsgrad auf den einzelnen Energieaufkommensmärkten im Jahre 1974

Marktversorgungsanteile in %

Zahl der Unternehmen	Mineralölwirtschaft	Elektrizitätswirtschaft	Gaswirtschaft	Steinkohlenwirtschaft	Braunkohlenwirtschaft
1	15,6	29,0	28,6	70,5	84,4
1–3	40,5	42,0	69,8	86,4	97,1
1–6	64,4	54,1	88,8	92,2	97,6

Wie Tabelle 1 zeigt, weisen alle Zweige der Energiewirtschaft ein hohes bis sehr hohes Konzentrationsniveau auf.

Das Konzentrationsniveau auf diesen Energiebezugsmärkten ist allein aber völlig unzureichend, um die Wettbewerbsintensität auf den einzelnen Energieträgermärkten zu beschreiben. Vielmehr sind auf den ausgewählten Märkten folgende Faktoren ausdrücklich in die Betrachtung einzubeziehen:

Mineralölwirtschaft

Der offene Mineralölmarkt macht es notwendig, die Wettbewerbsbeziehungen in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Integration des deutschen Mineralölmarktes in den internationalen Markt (deutsche Versorgungsstruktur Mitte der 70er Jahre: Rohölimporte 66,8 %, Produktenimport 29 %, inländische Rohölförderung 4,2 %) zu interpretieren. Damit sind die Bewegungen auf dem internationalen Ölmarkt (starke Politisierung seit der Gründung der OPEC und der Internationalen Energie Agentur [IEA]) für die bundesdeutschen Marktergebnisse latent wirksam. Die direkte Konkurrenz ist durch das Auftreten von Außenseitern aus dem In- und Ausland charakterisiert. Grundsätzlich ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Startbedingungen für die einzelnen Gesellschaften sehr unterschiedlich sind (Unternehmensgröße, Grad der Diversifizierung und vertikalen Integration, Kostenvorteile beim Rohölbezug etc.). Für einen Großteil der Mineralölprodukte gilt eine intensive Substitutionskonkurrenz, die durch energiepolitische Eingriffe mit Verwendungsbeschränkungen noch verschärft wird.

Elektrizitätswirtschaft

Der für den Bereich der Elektrizitätswirtschaft ausgewiesene Konzentrationsgrad ist für den direkten Wettbewerb auf den Stromabsatzmärkten unerheblich. Die direkte Konkurrenz wird vielmehr durch die gesetzlichen Ausnahmeregelungen des GWB (§ 103) mit der Schaffung von Gebietsmonopolen ausgeschlossen. Lediglich mit der allerdings an Bedeutung abnehmenden industriellen Eigenerzeugung existieren gewisse Elemente eines direkten Wettbewerbs. Gleichzeitig sind die Substitutionsbeziehungen auf wichtigen Teilmärkten dieses Sektors relativ niedrig zu veranschlagen. Auf der anderen Seite ist der Einfluß der öffentlichen Hand besonders ausgeprägt vorhanden. Dies drückt sich in dem hohen Kapitalanteil der öffentlichen Hand aus und kommt außerdem in einer weitgehenden Kontrolle nach dem Energiewirtschaftsgesetz (Fach-, Investitions- und Preisaufsicht) zum Ausdruck.

Gaswirtschaft

Im Gaswirtschaftsbereich haben mit dem Vordringen des Erdgases auch für die Gasunternehmen die Verhältnisse auf dem internationalen Mark wachsende Bedeutung gewonnen. Dies relativie die ausgesprochen starke Marktposition der füh renden Importgesellschaft Ruhrgas, die auf intern Wachstumsprozesse zurückgeht. Es zeigt sic immer mehr, daß die internationalen Vertrags bedingungen (Preisformeln) direkt auf den deu schen Markt durchschlagen. Den zugelassenen Be schränkungen des direkten Wettbewerbs im Gas vermarktungsgeschäft (Demarkations- und Kor zessionsverträge) stehen indirekte Konkurrenz beziehungen auf praktisch allen Absatzmärkte gegenüber, wobei allerdings dem Gas beträch liche Präferenzen entgegengebracht werden. Dies Tatbestände finden ihren Niederschlag vor alle darin, daß die Preisbildung für das expandie rende Erdgas unter Berücksichtigung der jewe ligen Nachfragewertschätzungen in ausdrückliche Anlehnung an die Preise der Konkurrenzenergie erfolgt (Anlegbarkeitsprinzip, Preisbindungsklau seln). Die öffentliche Hand ist als Eigentümer be sonders stark bei der Endverteilung vertreten.

Steinkohlenwirtschaft

Der hohe Konzentrationsgrad im Bereich der Stein kohlenwirtschaft – die Gründung der Ruhrkohl wurde hierbei maßgeblich durch staatliche Einflu nahmen verursacht – erhält noch besonderes Ge wicht durch die Kontingentierung der Einfuhre Für die Marktposition der Steinkohlenunterneh men ist von entscheidender Bedeutung, daß si sich bei relativ ungünstiger Kostensituation de heimischen Förderung und eindeutigen Verwer dungsnachteilen auf wichtigen Teilmärkten eine intensiven Substitutionskonkurrenz gegenübe sehen und im wichtigsten Absatzbereich – de Eisen- und Stahlindustrie – aufgrund vertragliche Vereinbarungen Quasiwettbewerbselemente zu Zuge kommen. Für diesen Sektor sind seit langer energiepolitische Interventionen typisch geworde die sich in einer Fülle von Finanzhilfen direkte und indirekter Art bis hin zu Verwendungs beschränkungen für wichtige Konkurrenzenergie träger niedergeschlagen haben (3. Verstromungs gesetz).

Braunkohlenwirtschaft

Im Braunkohlenbereich ist die Konzentration a stärksten ausgeprägt. Es kommt hinzu, daß au grund des geringen Heizwertes und der hierdurc bedingten Transportkostenempfindlichkeit diese Energieträgers kein Weltmarkt existiert und da über hinaus im nationalen Bereich eine nahez ausschließliche Konzernbindung an den wichti sten Einsatzbereich für Braunkohle, nämlich d Elektrizitätswirtschaft mit über 85 %, vorliegt. D heute feststellbare Kostenüberlegenheit der Brau kohle gegenüber anderen Energieträgern in de

Stromerzeugung gründet sich zum Teil auf die Konzentrationsvorteile im Bereich der Förderung sowie des unmittelbaren Einsatzes auf der Lagerstätte (insbesondere Rheinbraun/RWE). Mit der eigentumsmäßigen Bindung der Lagerstätten an eine sehr begrenzte Anzahl von Unternehmen ist eine Marktzugangsbarriere verknüpft. Für die Braunkohle existieren im wesentlichen nur konzerninterne Verrechnungspreise, die nach unternehmenspolitischen Gesichtspunkten festgelegt werden.

Auf die klassischen Primärenergieträger Mineralöl, Erdgas, Steinkohle und Braunkohle entfällt gegenwärtig ein Anteil von über 95 % des Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik. Das Aufkommen konzentriert sich hierbei stark auf wenige Unternehmen (Tabelle 2).

Kernenergie

Wachsende Bedeutung dürfte trotz der gegenwärtigen Genehmigungsvorbehalte die Kernenergie (insbesondere für die Stromerzeugung) gewinnen. Auch in diesem Bereich werden die Versorgungsbedingungen der Bundesrepublik durch die Verhältnisse auf dem Weltmarkt bestimmt, die zur Zeit (noch) durch bestimmte Sicherheitsvorbehalte der wenigen Lieferländer, in denen der weitaus größte Teil der bisher entdeckten kostengünstigen Uranreserven sowie der Urananreicherungskapazitäten konzentriert ist, stark politischem Einfluß unterliegen. Allerdings wird die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie selbst durch relativ große Preisaufschläge beim Uran nur geringfügig beeinflußt; der größte Teil der Kosten ist im nationalen Be-

Tabelle 2

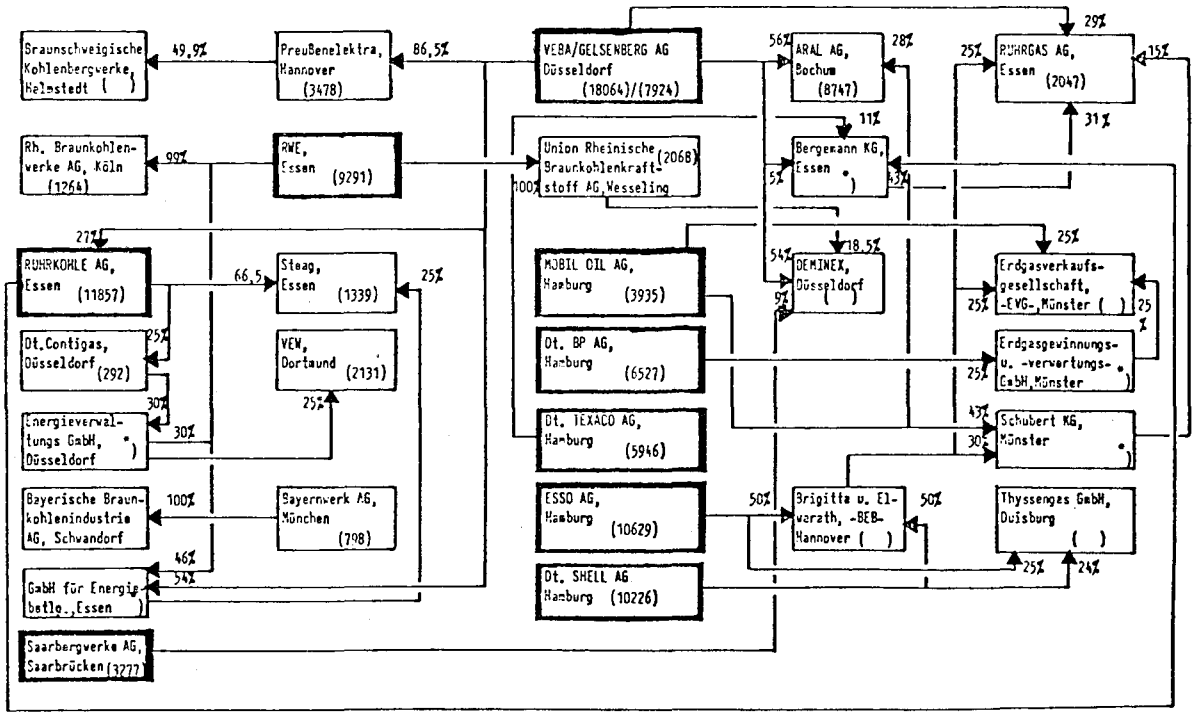
Anteil der größten Energieunternehmen an der Deckung des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik 1974/1975 [1])

	1974 %	1975 %
Ruhrkohle AG	14,6	14,7
Shell AG	10,1	10,1
Ruhrgas AG	7,8	8,6
Esso AG	9,3	8,5
Rheinbraun (RWE)	8,0	8,4
Veba AG	5,5 [2])	7,2 [3])
Mobil Oil	5,4	6,0
Deutsche BP AG	6,5	5,7
Anteil der acht größten Energieunternehmen	67,2	68,2

[1]) Da der weitaus größte Teil des Primärenergieverbrauchs dem Umwandlungssektor zugeführt wird und die hier tätigen Unternehmen von dieser Einteilung nur zum Teil erfaßt werden, bildet diese Übersicht naturgemäß nur einen Teil der Energiewirtschaft ab.
[2]) Ohne Gelsenberg AG.
[3]) Unter Einschluß der Gelsenberg AG, jedoch ohne Berücksichtigung der Braunschweigischen Braunkohlenbergwerke.

Tabelle 3

Bedeutende Kapitalverflechtungen in der deutschen Energiewirtschaft



Anm.: In Klammern Umsatzerlöse 1974 (in Mill. DM); *) Holdinggesellschaften; ( ) nicht veröffentlicht.
Q u e l l e : Energiewirtschaftliches Institut.

reich determiniert. Für die Entwicklungsperspektiven erscheint besonders relevant, daß ein großer Teil der unternehmerischen Aktivitäten im Kernenergiebereich in enger Konzernbindung zur Elektrizitätswirtschaft erfolgt.

Maßgeblich für die Beurteilung der Wettbewerbsposition einzelner Unternehmen sind über die bisher aufgeführten direkten Konzentrationsgrade hinaus auch die eigentumsmäßigen Verflechtungen zwischen einzelnen Märkten und Unternehmen. Diese sind für die wichtigsten Beziehungen in einer Graphik (Tabelle 3) dargestellt, die nur einen Auszug aus den tatsächlich gegebenen Verflechtungen festhält. Es zeigt sich, daß sowohl weitreichende Kapitalverflechtungen innerhalb der einzelnen Energieträgermärkte vorliegen als auch Eigentumsbindungen zwischen verschiedenen Energieträgern entstanden sind. Die führenden Energieunternehmen werden zunehmend zu sogenannten Energiekonglomeraten (vgl. Tabelle 4). Diese unternehmerische Zusammenfassung substitutiver Energieträger in einer Hand ist noch stärker, wenn man den sogenannten Querverbund im Bereich der kommunalen Wirtschaft (vor allem zwischen Gas und Strom) in die Betrachtung einbezieht.

Tabelle 4

Marktanteile und Marktstellung der größten 12 Energiekonzerne [1] [2]

	Strom		Öl		Gas		Steinkohle		Braunkohle	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
1. Veba/ Gelsenberg	15	2.	12	3.					7	2.
2. Ruhrkohle AG	2 [3]	8.					77	1.		
3. Esso AG			16	1.	7 (16) [4]	2. (2.) [4]				
4. Deutsche Shell AG			13	2.	7 (16) [4]	2. (2.) [4]				
5. RWE	27	1.	2 [5]	9.	(1)	(12.)			86 [6]	1.
6. Dt. BP AG			12	4.	( ) [7]	( ) [7]				
7. Deutsche Texaco AG			9	5.	(1)	(10.)				
8. Mobil Oil AG			7	6.	4 (10)	4. (4.)				
9. Saarbergwerke AG			2	18.			9	2.		
10. Wintershall AG			5	8.	2 (4)	7. (7.)				
11. VEW	6	3.			2 (9)	8. (5.)				
12. Ruhrgas AG					25 (28)	1. (1.)				
Gesamtanteil d. größt. Energieunternehmen	50		76		47 (85)		86		93	

1) Bezogen auf folgende Größen in den einzelnen Energiebereichen: Strom = Anteil an der gesamten nutzbaren Abgabe (Gesamtumsatz) 1974; Öl = Anteil am gesamten Mineralölabsatz 1974; Gas = Anteil am Gesamtumsatz (Summe als mittelbare und unmittelbare Abgabe) 1974; in Klammern Anteil am inländischen Erdgasangebot (Importe + heimische Förderung); Steinkohle = Anteil an der Gesamtförderung 1974; Braunkohle = Anteil an der Gesamtförderung 1974. 2) A = relativer Marktanteil in % (aufgerundet); B = Marktposition (Rang). 3) Anteil an der Steag AG. 4) Jeweils halbierter Anteil der von Esso und Shell beherrschten BEB. 5) Anteil der UK, Wesseling. 6) Anteil der Rheinischen Braunkohlen AG. 7) Vernachlässigbar geringer Anteil (Förderung der BP-Tochter Gew. Norddeutschland in 1974: 54,4 Mill. m³, was ca. 0,1 % des inländischen Erdgasangebots entspricht).

Quelle: Energiewirtschaftliches Institut.

Aus den vorgelegten Materialien aber wird bereit ersichtlich, daß

- die beiden führenden Ölgesellschaften zusam men den größten Teil des inländischen Gasauf kommens kontrollieren,
- die drittgrößte Ölgesellschaft den zweite Rang beim Strom- und Braunkohlenaufkomme einnimmt sowie gleichzeitig Anteilsmiteigner de größten Steinkohlenunternehmens ist,
- das größte Elektrizitätsversorgungsunterneh men 86 % der Braunkohlenförderung besitzt un außerdem die neuntgrößte Ölgesellschaft ist,
- die größte Steinkohlengesellschaft den achte Rang in der Elektrizitätsversorgung innehat,
- sich die Kapitalanteile der größten Ferngas unternehmen im wesentlichen auf nationale un internationale Ölgesellschaften sowie das größt Bergwerksunternehmen verteilen.

Insgesamt vereinigen die zwölf größten Energie konzerne 93 % des Braunkohlenaufkommens, 86 % der Steinkohlenförderung, 85 % des Gasaufkom mens, 76 % des Ölangebots und 50 % der Strom erzeugung auf sich.

Energiepolitische Schlußfolgerungen

Der Energiesektor ist bislang durch einen dyna mischen Strukturwandel und durch insgesamt bi zur Ölkrise stark steigende Verbrauchszuwachs raten gekennzeichnet gewesen. Dynamische Unte nehmen haben hierbei dem „Performance"-Krite rium entsprochen und gleichzeitig Wettbewerbs und Sicherheitsprobleme (Marktverdrängung he mischer Förderunternehmen und damit Auslands abhängigkeit in verschiedensten Formen) gescha fen. Diese Dualität ist für die zukünftigen Mark prozesse der Energiewirtschaft angesichts de wachsenden Innovations- und Versorgungsrisike besonders problematisch und schafft wirtschafts politische Konfliktlagen. Das in wesentlichen Be reichen marktwirtschaftlich organisierte Syste der Energieversorgung hat sich im internationale Vergleich als außerordentlich leistungsfähig e wiesen, um die kurz- und langfristigen Anpassungs prozesse flexibel bewältigen zu können. Aussage über die zukünftigen Zusammenhänge zwische Konzentrationsgrad (Bündelung von relevante Aktionsparametern) und Wettbewerbsintensität a den nationalen wie internationalen Energiemärkte sind noch weniger als in der Vergangenheit mög lich, weil die Auswirkungen eines stark reduzierte totalen Energieverbrauchsanstiegs mit gleichze tiger Verknappung bislang dynamischer Energie träger (Öl, Gas) sowie der zunehmenden Politisie rung auf allen Aufkommensmärkten im Hinblic auf das unternehmerische Verhalten und die kor

kreten energiepolitischen Programmentscheidungen kaum antizipiert werden können.

In unserer Studie werden zahlreiche Vorschläge entwickelt, um entsprechend den aufgeführten Leitvorstellungen den Rahmen für nationale Wettbewerbsprozesse offenzuhalten bzw. zu eröffnen und um eine möglichst marktwirtschaftliche Organisation der Interventionen in den Fällen zu erreichen, wo bestimmte Lücken im Wettbewerb direkter sowie indirekter Art nicht geschlossen werden können oder falls gewisse energiesektorpolitische Zielsetzungen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ausdrücklich vorgegeben worden sind. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einem möglichst offenen Zugang zu den einzelnen Energieaufkommens- und -absatzmärkten zu. Ansatzpunkte hierfür sind zum einen die Importlizenzenpolitik im Bereich der Steinkohle sowie die grundsätzliche Novellierung der Konzessionspolitik und zum anderen eine kompensatorische Politik der Harmonisierung der Startchancen unterschiedlich strukturierter Gesellschaften.

Angesichts der stark veränderten Rahmenbedingungen im internationalen Bereich und der großen Externalitäten neuer Energietechnologien ist der Standort der Energiepolitik zwar neu zu bestimmen, dies sollte allerdings international mit der Zielsetzung einer erhöhten Integration der Energiemärkte (größere Märkte sind elastischer!) und national im Sinne des Subsidaritätsprinzips erfolgen, also dem Staat eine die marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesse unterstützende, nicht jedoch ersetzende Funktion zuordnen. Dies gilt vor allem für die Gestaltung der Subventionspolitik (mehr Dezentralität bei Förderung sowie Projektauswahlentscheidungen und erhöhte Risikobeteiligung der begünstigten Teilnehmer). Überall dort, wo aufgrund natürlicher Monopolbedingungen Konkurrenzlösungen ausscheiden und auch bereits heute außermarktmäßige Kontrollmechanismen installiert sind, sollten die zur Zeit dezentral organisierten Kontrollorgane nicht durch eine Zentralisierung „reformiert", sondern in ihrer Funktionsfähigkeit durch Erweiterung der Informationsbasis sowie der personellen Ausstattung und durch institutionelle Vermeidung bislang möglicher Kollisionen zwischen unternehmerischen Interessen und öffentlichen Aufgaben verbessert werden („Wettbewerb der Kontrolleure durch Vergleichen").

Mineralölmärkte ohne Gleichgewicht

Ursachen, Folgen und Abhilfe volkswirtschaftlicher Fehlsteuerungen

Harald Jürgensen, Hamburg

Die Marktverfassung auf den Mineralölmärkten der Bundesrepublik ist desolat. Seit nahezu vier Jahren decken die Erlöse für die von den Inlandsraffinerien verkauften Mineralölprodukte nicht mehr die Herstellungskosten. Die Nachfrager in der Bundesrepublik kaufen demnach seit Jahren Mineralölprodukte unter den Kosten ihrer Herstellung; die Anbieter erleiden in unterschiedlichem Maße Substanzverzehr, ihre Investitionskraft wird geschwächt, die Investitionsneigung reduziert. Wie können diese Fehlentwicklungen beseitigt werden?

Die Ursachen des verschärften und bei längerer Dauer ruinösen Wettbewerbs auf den Mineralölmärkten der Bundesrepublik Deutschland sind:

☐ zu hohe Raffineriekapazitäten in Europa;

☐ Wettbewerbsverzerrungen zwischen Raffineriegesellschaften und freien Importeuren und die Auswirkungen der unterschiedlichen Marktordnungen in der EG;

☐ gravierende und seit 1974 ständig zunehmende Unterschiede in den Rohstoffeinsatzkosten zwischen den am deutschen Markt operierenden Raffineriegesellschaften, je nachdem, ob und wie hoch im Verhältnis zum Gesamteinsatz ihr Zugang zur inländischen Öl- und Naturgasförderung ist.

Nun könnte man – auf die selbstregulierenden Marktkräfte vertrauend – getrost zur Tagesordnung übergehen und den von ihnen ausgelösten Anpassungsprozessen bei Anbietern und Nach-

Prof. Dr. Harald Jürgensen, 52, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Europäische Wirtschaftspolitik sowie des Instituts für Verkehrswissenschaft der Universität Hamburg.